

Sudan

1) Schutz von Zivilpersonen / drohende Gräueltaten in El Obeid, Nord-Kordofan

Amnesty International veröffentlichte am 01.07.2026 einen neuen Bericht zu RSF-Verbrechen in und um El Fasher, Nord-Darfur. Amnesty kommt zu dem Schluss, dass die RSF während der Kampagne zur Einnahme El Fashers Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen begangen habe. Dokumentiert werden u. a. Mord, Vertreibung, Inhaftierung, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Versklavung, Versklavung, Ausrottung und Verfolgung. Amnesty interviewte für den Bericht 247 Personen, darunter 208 Überlebende — 169 Erwachsene und 39 Kinder — und analysierte zusätzlich 89 Videos sowie Satellitenbilder.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/07/sudan-rsf-atrocities-in-el-fasher-a-stain-on-the-conscience-of-humanity-new-report/>

ACJPS analysiert den Krieg seit dem 15. April 2023 als Ergebnis langjähriger Militarisierung, politischer Instrumentalisierung staatlicher Sicherheitsorgane und der Rolle von Milizen und Parallelstrukturen. Besonders hervorgehoben wird, dass Wohngebiete zu Kampfzonen geworden sind, wodurch Zivilpersonen systematischen Verstößen gegen internationales humanitäres Recht ausgesetzt sind. Der Bericht verweist zudem auf Muster wie Kollektivbestrafung, die Nutzung von Zivilpersonen als Schutzschilder und die fehlende umfassende Sicherheitssektorreform als zentrale Ursachen für die anhaltende Schutzkrise.

<https://www.acjps.org/publications/sudan-developments-in-the-15-april-war-and-shifting-positions-where-is-the-scene-heading>

<https://reliefweb.int/report/sudan/sudan-urgent-action-needed-protect-civilians-el-obeid>

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte sowie eine internationale Staatengruppe von mindestens 29 Ländern warnten am 18.06.2026 vor einer möglichen Offensive der RSF und verbündeter Kräfte auf El Obeid in Nord-Kordofan, nachdem Berichte über Truppenaufmarsch, Drohnenangriffe und Artilleriebeschuss bekannt geworden waren. Die Stadt steht laut OHCHR seit mehr als 18 Monaten unter belagerungsähnlichen Bedingungen; es bestehe ein hohes Risiko für außergerichtliche Hinrichtungen, Entführungen, willkürliche

Inhaftierungen, sexualisierte Gewalt und weitere Vertreibung. Internationale NGOs berichten, dass in El Obeid über 563.000 Zivilpersonen leben, darunter mehr als 105.000 Binnenvertriebene.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/06/sudan-imminent-offensive-el-obeid-must-be-halted-turk-warns-catastrophic>

<https://reliefweb.int/report/sudan/sudan-ingos-warn-catastrophic-humanitarian-consequences-civilians-el-obeid>

<https://www.aljazeera.com/news/2026/6/18/dozens-of-countries-warn-of-atrocities-amid-escalation-in-sudans-el-obeid>

<https://news.un.org/en/story/2026/06/1167773>

OHCHR meldete am 30.06.2026, dass der UN-Menschenrechtsrat am 03.07.2026 eine dringende Debatte zur Menschenrechtslage in und um El Obeid abhalten werde. Das unterstreicht, dass die internationale Aufmerksamkeit Ende Juni/Anfang Juli weiter auf dem Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen, möglicher Gräueltaten und der Gefährdung von Zivilpersonen in Nord-Kordofan lag.

<https://www.ohchr.org/en/countries/suda>

Amnesty International fordert am 26.06.2026 eine dringende Debatte bzw. Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrats zur Lage in und um El Obeid und verlangte, dass die UN-Fact-Finding Mission eine Eiluntersuchung einleitet; Amnesty betonte Risiken von Gräueltaten, sexualisierter Gewalt, ethnisch motivierter Gewalt und Hunger als Kriegswaffe.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr54/1234/2026/en/>

OCHA berichtete, dass in den Tagen vor dem 22.06.2026 mehrere Drohnenangriffe auf El Obeid gemeldet wurden, darunter Angriffe auf eine Umspannstation und eine Tankstelle. Nach Angaben des Sudan Doctors Network mussten mehrere medizinische Einrichtungen schließen, darunter ein Dialysezentrum; außerdem fielen Wasserstationen aus. Laut Al Jazeera/Reuters erklärte eine internationale Staatengruppe, dass zehn aufeinanderfolgende Tage von Drohnenangriffen in El Obeid und Nord-Kordofan mindestens 50 Zivilpersonen getötet und erhebliche Schäden an ziviler Infrastruktur verursacht hätten. Internationale NGOs meldeten zusätzlich, dass sich die Angriffe in und um El Obeid weiter verschärften; allein in den letzten Tagen seien 23 Menschen getötet und 19 verletzt worden.

In Rabak, White Nile State, wurden laut lokalen Quellen zwei Zivilpersonen getötet und weitere verletzt, als eine Drohne eine Tankstelle traf; gleichzeitig wurde El Obeid weiter von Drohnen angegriffen, während Drohnenangriffe auch Märkte und Infrastruktur in Darfur und Kordofan trafen. Asharq Al-Awsat, 25.06.2026

<https://english.aawsat.com/arab-world/5288568-drone-strikes-continue-claim-civilian-lives-sudan>

<https://news.un.org/en/story/2026/06/1167781>

<https://reliefweb.int/report/sudan/sudan-ingos-warn-catastrophic-humanitarian-consequences-civilians-el-obeid>

<https://www.aljazeera.com/news/2026/6/18/dozens-of-countries-warn-of-atrocities-amid-escalation-in-sudans-el-obeid>

2. Sexualisierte Gewalt, Frauen- und Mädchenrechte

OHCHR verifizierte seit Kriegsbeginn bis Mitte April 2026 546 Fälle konfliktbezogener sexualisierter Gewalt in 16 von 18 Bundesstaaten, mit mindestens 838 Betroffenen: 539 Frauen, 284 Mädchen, acht Männer und sieben Jungen; nahezu ein Viertel der Fälle betraf Gruppenvergewaltigungen, und dokumentiert wurden u. a. Vergewaltigung, sexuelle Versklavung, Zwangsheirat, Zwangsprostitution, sexuelle Folter und Menschenhandel zum Zweck sexualisierter Gewalt.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/06/un-report-documents-widespread-and-brutal-use-sexual-violence-sudan>

UN-Hochkommissar Volker Türk bezeichnete sexualisierte Gewalt im Sudan als Kriegsverbrechen und – sofern Teil eines weitverbreiteten oder systematischen Angriffs – als mögliches **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**; insbesondere in Darfur gebe es hinreichende Gründe zur Annahme, dass bestimmte Taten diesen Schweregrad erreichen.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/06/un-report-documents-widespread-and-brutal-use-sexual-violence-sudan>

3. Interkommunale Gewalt und Schutz von Zivilpersonen in Süd-Darfur

ACJPS berichtet am 10. Juni über erneute Kämpfe zwischen Angehörigen der Bani Halba und Salamat in der Region Rewina/Kabum, Süd-Darfur, zwischen dem 30. Mai 2026 und Anfang Juli. Laut verlässlichen Quellen wurden mindestens 100 Menschen, darunter Frauen und Kinder, getötet; während des

zweiten Kampftages soll ein Drohnenangriff auf Kabum 16 Zivilpersonen getötet haben. ACJPS verweist außerdem auf Entführungen von Frauen, die Verbreitung schwerer Waffen – darunter Kalaschnikows, RPGs und auf Fahrzeugen montierte schwere Maschinengewehre – sowie auf Kämpfer in Uniformen, die mit der RSF in Verbindung gebracht werden.

<https://www.acjps.org/publications/sudan-more-than-100-killed-and-women-abducted-as-intercommunal-violence-escalates-in-south-darfur>

3. Willkürliche Haft, Folter und Verschwindenlassen

Der im Juni veröffentlichte ACJPS-Newsletter zur Menschenrechtslage im Mai 2026 dokumentiert Drohnenangriffe auf zivile Gebiete und wichtige Infrastruktur in mehreren Bundesstaaten, mit Toten, Verletzten und zerstörten Versorgungseinrichtungen. Außerdem berichtet ACJPS über außergerichtliche Tötungen, bewaffnete Angriffe, Plünderungen, willkürliche Festnahmen und Verschwindenlassen von Zivilpersonen, Aktivistinnen, Journalistinnen und Studierenden; besonders relevant ist der Hinweis, dass 500 Schüler*innen daran gehindert wurden, ihre Abschlussprüfungen der Sekundarschule abzulegen.

<https://www.acjps.org/publications/acjps-newsletter-human-rights-situation-in-sudan-may-2026>

Die UN-Fact-Finding Mission berichtet am 15.06, dass SAF, RSF und verbündete Kräfte zunehmend willkürliche Inhaftierung, Folter und Verschwindenlassen nutzen, um Zivilpersonen zu kontrollieren; betroffen sind unter anderem Journalistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen, humanitäre Helferinnen, politische Aktivistinnen, religiöse und lokale Führungspersonen, Händler*innen und Angehörige von Kämpfer*innen.

Die Mission dokumentierte Fälle, in denen Familien für die Freilassung von Angehörigen unter RSF-Kontrolle Geld bezahlen sollten – teils bis zu 25 Millionen sudanesisches Pfund, etwa 40.000 US-Dollar; solche Praktiken verschärfen laut OHCHR psychische Belastungen, wirtschaftliche Not und Ernährungsunsicherheit, u. a. in El Fasher, El Obeid, Dilling und Kadugli.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/06/sudan-arbitrary-detention-torture-and-enforced-disappearances-fueling>

Nach Angaben des Sudan Doctors Network starben mehr als 215 Zivilpersonen im von der RSF betriebenen Daqris-Gefängnis in Süd-Darfur im Mai und Juni

an Krankheiten, schlechten Haftbedingungen, Folter und Misshandlung; außerdem seien 31 Gefangene, darunter Kinder, in ein Krankenhaus in Nyala gebracht worden, ihr Verbleib sei unklar.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/215-civilians-died-in-rsf-run-prison-in-south-darfur-medics-say>

4. Humanitäre Krise, Hunger, Gesundheit und Vertreibung

Das Amnesty Journal Juli–September 2026 verbindet persönliche Fluchterfahrungen mit Amnesty-Recherchen zur Menschenrechtslage im Sudan. Der Fotograf Ammar Yassir dokumentiert seine Flucht von Khartum über Nord-Kordofan, den Südsudan und Uganda und zeigt den Verlust von Heimat und Sicherheit. Amnesty-Researcher Abdullahi Hassan beschreibt Sudan zugleich als weltweit schlimmste humanitäre Krise mit 11 Millionen Binnenvertriebenen und 4,5 Millionen Geflüchteten; die Zivilbevölkerung sei angesichts wahlloser und gezielter Angriffe, sexualisierter Gewalt, blockierter Hilfe und schwerer RSF-Verbrechen „nirgendwo sicher“.

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2026-06/Amnesty-Journal-Juli-September-26.pdf?j=827599&sfmc_sub=8696041&l=45_HTML&u=13777097&mid=536000658&jb=4001

Die humanitäre Lage bleibt katastrophal: Der Bericht nennt 19,5 Millionen Menschen in akuter Ernährungsunsicherheit, bestätigte Hungersnot in El Fasher und Kadugli, mehr als 14 Millionen Vertriebene seit Kriegsbeginn, darunter rund 9 Millionen Binnenvertriebene und über 4 Millionen Geflüchtete in Nachbarstaaten.

<https://reliefweb.int/report/sudan/sudan-crisis-situation-analysis-period-010626-070626>

Der Cholera-Ausbruch in West-Kordofan verschärfte sich laut OCHA weiter: Bis 16. Juni wurden 700 Fälle und 60 Todesfälle gemeldet, darunter 100 Fälle und 10 Todesfälle seit Monatsbeginn; Ursachen sind u. a. eingeschränkter Zugang, Unsicherheit, Vertreibung sowie unzureichendes Trinkwasser und Sanitärversorgung.

<https://news.un.org/en/story/2026/06/1167781>

Eine Recherche von The New Humanitarian beschreibt am 25.05.2026 die Lage sudanesischer Geflüchteter im Agadez Humanitarian Centre im Norden Nigers,

wo laut Bericht etwa 2.000 Geflüchtete, überwiegend aus Sudan, festsitzen. Im Zentrum steht der Tod des 27-jährigen sudanesischen Geflüchteten Musab Muhammad Hammad Adam am 25. Mai 2022 während eines Polizeieinsatzes; Geflüchtete berichten von Schusswaffengebrauch, während die offizielle Darstellung von einer Kopfverletzung durch einen Stein spricht. Der Artikel zeigt eine breitere Schutzkrise: jahrelanges Feststecken ohne Perspektive, fehlende Bildung, schlechte medizinische Versorgung, Proteste, Misstrauen gegenüber Behörden und UNHCR sowie fehlende dauerhafte Lösungen wie Umsiedlung oder lokale Integration.

<https://www.thenewhumanitarian.org/investigations/2026/05/25/unending-saga-sudanese-refugees-trapped-niger-agadez>

IOMs Displacement Tracking Matrix meldet, dass zwischen 25.10.2025 und 23.06.2026 schätzungsweise 219.319 Binnenvertriebene aus der Kordofan-Region an 1.012 Orten in 89 Localities und 14 Bundesstaaten Sudans erfasst wurden. Die meisten dieser Vertriebenen wurden in Khartum registriert (75.005 IDPs), gefolgt von White Nile (39.442 IDPs) und North Kordofan (33.465 IDPs). IOM dokumentierte zudem 109 Vorfälle, die in diesem Zeitraum Vertreibung in Kordofan auslösten.

<https://reliefweb.int/report/sudan/dtm-sudan-focused-flash-alert-kordofan-region-update-06-publication-date-30-june-2026>

Insecurity Insight dokumentiert, dass seit Beginn der Kämpfe zwischen SAF und RSF im April 2023 bis zum 09.06.2026 mindestens 761 Vorfälle von Gewalt gegen oder Behinderung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung in Sudan stattfanden. Mehr als zwei Drittel dieser Angriffe wurden der RSF zugeschrieben. Laut Bericht wurden 211 Gesundheitsarbeiter*innen getötet, 15 entführt und 127 festgenommen; Gesundheitseinrichtungen wurden 216-mal beschädigt. Außerdem wurden 63 Angriffe dokumentiert, bei denen bewaffnete Drohnen die Gesundheitsversorgung beeinträchtigten, sowie 51 Angriffe auf Angebote der Müttergesundheit.

<https://reliefweb.int/report/sudan/attacks-health-care-sudan-10-23-june-2026>

Teil 2: Südsudan – Menschenrechtssituation im Juni 2026

1. Amnesty International, 29.05.2026 – „Renewal of UN arms embargo is key to protecting civilians“

Amnesty International begrüßte am 29.05.2026 die Verlängerung des UN-Waffenembargos gegen Südsudan als wichtigen Schritt zum Schutz von Zivilpersonen, warnte aber, dass die Maßnahme konsequent umgesetzt werden müsse. Amnesty verweist auf die Eskalation bewaffneter Gewalt seit Anfang 2025 und nennt als Beispiel den Angriff bewaffneter Männer aus Mayom County auf Abiemnom am 01.03.2026, bei dem innerhalb weniger Stunden Hunderte Menschen getötet oder verletzt worden seien. Amnesty betont außerdem, dass Waffen weiterhin für schwere Menschenrechtsverletzungen, sexualisierte Gewalt und Verbrechen nach internationalem Recht eingesetzt würden, während Straflosigkeit fortbestehe.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/south-sudan-renewal-of-un-arms-embargo-is-key-to-protecting-civilians/>

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-country-team-hct-protection-strategy-2026-27>

2. Schutzkrise, bewaffnete Gewalt und humanitärer Zugang

OCHA meldete, dass die humanitäre Hilfe in Akobo ausgeweitet wurde: Über 430 Tonnen Lebensmittel wurden geliefert und erreichten rund 60.000 von 80.000 Zielpersonen, also etwa 75 %; gleichzeitig bleibt der humanitäre Zugang landesweit eingeschränkt.

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-7-june-2026>

Am 25. Mai wurden laut OCHA fünf Auftragnehmer bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen in Morobo County, Central Equatoria, getötet, während sie an einem von einer UN-Agentur unterstützten Brückenbauprojekt arbeiteten; dies unterstreicht die Risiken für lokale und internationale humanitäre Arbeit.

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-7-june-2026>

Die Schutzstrategie des South Sudan Humanitarian Country Team (HCT) beschreibt Südsudan als eine der komplexesten Schutzkrisen weltweit: Von geschätzt 12 Millionen Einwohner*innen benötigen 2026 10 Millionen humanitäre Hilfe, davon 4,9 Millionen spezialisierte Schutzleistungen; zentrale Risiken sind Angriffe auf Zivilpersonen, Zwangsvertreibung, Trennung von

Familien, Entführungen, geschlechtsspezifische Gewalt und die Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Gruppen.

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-country-team-hct-protection-strategy-2026-27>

UNMISS veröffentlichte am 30.06.2026 den Quarterly Brief on Violence Affecting Civilians für Januar bis März 2026 sowie eine Pressemitteilung, wonach ein starker Anstieg ziviler Todesopfer dringende Rechenschaftspflicht erforderlich mache.

<https://unmiss.unmissions.org/en/human-rights-reports>

3. Vertreibung und Rückkehr

Regierung und UN bekräftigten das Ziel, bis Ende 2026 für mindestens 60.000 Südsudanese*innen nachhaltige Lösungen zu schaffen; aktuell gibt es mehr als 2,5 Millionen Binnenvertriebene, darunter rund 964.000 Menschen in Lagern und Vertriebenenstandorten. <https://reliefweb.int/report/south-sudan/press-release-government-south-sudan-and-united-nations-reaffirm-commitment-support-60000-displaced-people-achieve-sustainable-solutions-end-2026>

Die Krise im Sudan verschärft die Lage im Südsudan zusätzlich: Seit 2023 sind über 1,3 Millionen Menschen aus dem Sudan in den Südsudan gekommen; zugleich seien in Upper Nile, Western Bahr el Ghazal und Unity bereits über 28.000 ehemals Vertriebene zurückgekehrt, reintegriert oder umgesiedelt worden.

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/press-release-government-south-sudan-and-united-nations-reaffirm-commitment-support-60000-displaced-people-achieve-sustainable-solutions-end-2026>

UNMISS berichtete über Bemühungen in Hai Matar, Upper Nile, ehemals vertriebenen Familien und Rückkehrerinnen ein Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen; lokale Vertreterinnen beklagten zerstörte Schulgebäude, fehlende Gesundheitsversorgung und unzureichende Wasserversorgung, was Bildung, Gesundheit und sichere Reintegration behindert.

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/building-resilience-and-protection-joint-efforts-create-conditions-for-durable>

4. Frauenrechte, sexualisierte Gewalt und Rechenschaftspflicht

In Juba forderten mehr als 50 Überlebende konfliktbezogener sexualisierter Gewalt Rechenschaftspflicht, zwei Jahre nach Einreichung der ersten Kriegsverbrechensanzeige Südsudans; die Anzeige von 2024 betrifft drei Frauen, die 2017 Vergewaltigung, Gruppenvergewaltigung und Misshandlungen erlitten haben sollen, zwei von ihnen waren damals 14 Jahre alt.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/south-sudan-survivors-renew-justice-calls-two-years-after-war-crimes-filing>

Menschenrechtsgruppen schätzen laut Radio Tamazuj, dass mehr als 70 % der Frauen in Südsudan irgendeine Form geschlechtsspezifischer Gewalt erlebt haben; im März 2026 nahm die Staatsanwaltschaft die erste Kriegsverbrechensanzeige zur Untersuchung an, was als wichtiger Schritt, aber noch nicht als ausreichende Rechenschaft gewertet wird.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/south-sudan-survivors-renew-justice-calls-two-years-after-war-crimes-filing>

5. Kinderrechte, Jugendhaft und Zugang zu Justiz

Das wichtigste Jugendgefängnis Südsudans in Juba ist laut Gefängnisleitung für 100 Jugendliche ausgelegt, hält aber 314 Minderjährige fest; davon warten 233 auf ihre Gerichtsverfahren, während 81 verurteilt sind, und einige Kinder sitzen seit drei bis vier Jahren ohne Gerichtsverfahren in Haft.

Die Gefängnisleitung berichtete über Überfüllung, Mangelernährung, Krankheiten und unzureichende Versorgung; wegen Budgetproblemen werde die Essensversorgung zeitweise von zwei Mahlzeiten auf nur eine Mahlzeit pro Tag reduziert.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/children-wait-years-for-trial-in-south-sudan-juvenile-prison>